

Einleitung

Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte lebten und erlebten auch die beiden deutschen Gesellschaften nach 1945. Nach Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung präsentierten und stilisierten sie sich zwischen 1949 und 1989 als Kontrastgesellschaften *par excellence*. Auf der einen Seite die Bundesrepublik, anti-totalitär fundiert und westorientiert, als demokratisch-pluralistische Gesellschaft mit offenen, gestaltbaren Strukturen, einer zunehmend diskussionsfreudigen Öffentlichkeit als Korrektiv und einer wachsenden Tendenz zur Individualisierung. Auf der anderen Seite die DDR, gegründet auf den Mythos des Antifaschismus und in enger Abhängigkeit von diktatorischen Vorgaben der Sowjetunion und der SED mit einer fehlenden kritischen Öffentlichkeit und einer weitgehend beschnittenen Autonomie gesellschaftlicher Entwicklung, doch auch mit etlichen Spielräumen für Eigen-Sinn¹ und Grenzen der Diktatur. Ebenso wie die bundesrepublikanische Gesellschaft mit einem bleibend hohen Grad sozialer Ungleichheit weit entfernt war von einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Helmut Schelsky), zeigte sich die DDR als eine Gesellschaft mit zumindest anfänglich hoher sozialer Mobilität, einem verlockenden Egalitätsversprechen, mehr oder weniger erfolgreichen Versuchen der Gegenprivilegierung und mit ihrem Gleichberechtigungsanspruch letztlich doch keineswegs als klassenlose Gesellschaft.

Doch war die westliche Gesellschaft wirklich durchgängig hochdynamisch und die östliche bald stillgestellt? Solche vermeintlichen Gewissheiten gilt es zu hinterfragen ebenso wie Mythen zu entzaubern. Bei allen Divergenzen und Kontrasten zwischen der Bundesrepublik und der DDR sprechen eine Reihe von Aspekten dafür, die reale wie mentale Verflechtung beider deutscher Teilstaaten ernst zu nehmen und mehr oder minder bewusste Analogien und Annäherungen zu berücksichtigen. Bei allen Versuchen, sich als deutscher Teilstaat selbst genug zu sein, verlor man sich nie aus den Augen, war sich, trotz allen Bemühens um Distanz, stets nah: als Referenz- und Konkurrenzrahmen, der die jeweils eigene Entwicklung immer auch im Spiegel des Anderen sah und reflektierte. Dass man, obgleich dies vor allem von Seiten der Sowjetunion kaum goutiert wurde, es sich nicht verbieten ließ, stets den Blick auf das andere Deutschland zu richten, zeugt von einer grenzenlosen Verbundenheit. Offenbar ging das Bewusstsein, Teil desselben Landes zu sein, ungeachtet auseinanderlaufender Entwicklungswege, nie verloren. »Keiner konnte vom anderen absehen, auch wenn er es wollte«,² und dieses Nicht-ohneinander-Sein-Können nährt die Vermutung, dass »unter der ideologischen Kruste sich das Zusammengehörigkeitsgefühl konserviert hatte«.³ Alle gesellschaftlichen Entwicklungen, Veränderungen und Umbrüche, die sich im Laufe der vierzigjährigen Trennung abzeichneten, wären

ohne das stete Bewusstsein des jeweils anderen nicht oder zumindest anders verlaufen.

Dieses Buch schaut auf Ähnlichkeiten und Unterschiede des Umgangs mit den Herausforderungen des Neubeginns und seinen bewegten Gesellschaften und stellt die Frage, ob und wie man sich der gemeinsamen nationalsozialistischen Geschichte stellte. Es betrachtet den klassenspezifischen Bauplan beider Gesellschaften und bleibende und neue soziale Ungleichheiten. Es geht der Frage nach, welche Rolle Bildungs- und Geschlechtergerechtigkeit spielte und wie sie sich auf den Zuschnitt der Gesellschaft auswirkte. Welche Analogien und Differenzen wiesen ost- und westdeutsche Familienideale und Familienwirklichkeiten auf, welche Bedeutung gab man den nachwachsenden Generationen und wie lebte man als Kind und Jugendlicher in der DDR und der Bundesrepublik? Und schließlich geht dieses Buch Konsumoptionen und Konsumpraktiken nach, um abschließend Chancen und Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement auszuloten.

Der Blick auf beide deutsche Gesellschaften wird neben einem sozial- und kulturgeschichtlichen Ansatz auch von einer konsequent geschlechter- und verflechtungsgeschichtlichen Perspektive geleitet. Überdies ist es ein besonderes Anliegen, auch zeitgenössischen Erfahrungen und Wahrnehmungen möglichst nahezukommen und Erwartungen und Gefühlen von Menschen hüben und drüben nachzuspüren. Entsprechend breit aufgestellt ist die Quellenbasis: Neben zeitgenössischen Publikationen und Zeitungsartikeln, Kinofilmen und Fernsehsendungen, Romanen und Popsongs, Biographien und Autobiographien werden sich nicht nur die Interviews mit Gertrud Gallas als roter Faden durch das Buch ziehen, sondern überdies eine Reihe weiterer Zeitzeugen zu Wort kommen.

Das Augenmerk konsequent auf beide deutsche Staaten zu lenken, ist nicht völlig neu. Als erster stellte sich Christoph Kleßmann mit seinem Buch *Die doppelte Staatsgründung* bereits sieben Jahre vor dem Mauerfall dieser Herausforderung.⁴ In den 1990er Jahren setzte sehr bald ein Boom der DDR-Forschung ein, international aufgestellt und mit ansehnlichen Resultaten. Auch die Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik, die lange nach 1945 stark politikgeschichtlich orientiert war, bekam in diesem Zeitraum sozial- und kulturhistorischen Aufwind, doch die Vielfalt an Spezialstudien, die mittlerweile für die DDR vorliegen, ist hier längst noch nicht erreicht.

Publikationen, die stärkeres Gewicht auf die Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte beider deutscher Staaten legen, hing häufig der Vorwurf nach, die Geschichte von ihrem Ende her zu schreiben und dadurch von vorneherein die DDR als »Fußnote der Geschichte« (Hans-Ulrich Wehler) zu »verzwergen« (Arnulf Baring) und ostdeutsche Entwicklungen als zumindest defizitär zu klassifizieren.⁵ Es mit »zwei ganz verschiedenen Geschichten« zu tun zu haben, »einer mit Zukunft, einer ohne Zukunft«, war die prononcierte Ausgangs- und Endperspektive der ersten großen Parallelgeschichte von Peter Graf Kielmansegg aus dem Jahr 2000.⁶ Die Aufmerksamkeit auch auf Spielräume, Eigen-Sinn und Widerstände in der ostdeutschen Gesellschaft zu lenken, war dagegen ein Appell von Richard Bessel und Ralph Jessen bereits 1996, dem nicht zuletzt Mary Fulbrook wiederholt folgte, indem sie der Frage nachging, ob auch in der »einge-

zäunten Diktatur« der DDR »ein ganz normales Leben« möglich war.⁷ Erst jüngst ist es mit der beeindruckenden Studie von Petra Weber gelungen, die häufig asymmetrische wie hierarchisierende Betrachtungsweise konsequent zu durchbrechen.⁸

Letztlich stellt sich aber doch die Frage, ob wirklich beide deutsche Seiten gleichermaßen regelmäßig ihren Blick in die jeweils andere Himmelsrichtung richteten. Nicht zuletzt das Westfernsehen, ein bis 1989 nicht zu unterschätzender Faktor im deutsch-deutschen Alltag, hat diese Schieflage allabendlich aufs Neue hergestellt. Während beide deutsche Staaten unverwandt sich miteinander verglichen, sich voneinander distanzierten oder den Kontakt suchten und pflegten, schienen weite Teile der bundesrepublikanischen Gesellschaft zunehmend indifferent gegenüber ostdeutschen Entwicklungen geworden zu sein. Zumindest in der wahrnehmungs- und erfahrungsgeschichtlichen Perspektive wuchs ein Ost-West-Gefälle des gegenseitigen Interesses, das mit der Ostpolitik der Wiederverannäherung dann auch im Westen wieder aufflackerte und sich gegen Ende der 1970er Jahre – die Biermann-Ausbürgerung war ein Schlüsselereignis – nicht zuletzt auch auf die westdeutsche Jugend übertrug. War die Jugend in puncto Musik längst auf gleicher Wellenlänge, galt dies erst recht für die geteilte Leidenschaft für den Einsatz für Frieden und Umwelt. Und schließlich, so paradox es klingt, hat man sich auch häufig gegenseitig gutgetan, auch ohne es zu wollen. Der Systemwettbewerb hielt die deutsch-deutsche Gesellschaft in Bewegung.

1 Gesellschaften in Bewegung

Der Weg ostwärts, den Gertrud Beckemeyer einschlug, war ein eher seltener. Nach 1945 machten sich fast 12 Millionen Deutsche auf in Richtung Westen. Sie waren auf der Flucht, wurden vertrieben oder hofften einfach auf ein besseres Leben. Sowohl für die Neubürgerinnen und Neubürger als auch für die Alteingesessenen bedeutete das ungeheure Herausforderungen, denn beide deutsche Staaten blieben noch weit bis in die 1950er Jahre hinein vom Krieg gezeichnet. Die Städte lagen in Trümmern, Teile der Industrie waren von Demontagen der Siegermächte betroffen, es fehlte an Wohnraum und an Vielem des täglichen Bedarfs.



Abb. 2: DDR-Flüchtlinge warten im Aufnahmelager Marienfelde in West-Berlin auf ihre Registrierung, Juli 1961.

Eine Flucht anderer Art war in beiden Teilen Deutschlands im Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit beobachtbar. Nicht nur der Tod, sondern auch die Verdrängung der dunklen Geschichte war ein »Meister aus Deutschland« (Paul Celan). Im Osten wies man allein dem Westen die Verantwortung zu, im Westen zog man sich lange auf die eigene Opferrolle zurück. Nur zögerlich regte sich der Wunsch nach Aufklärung und die Bereitschaft, der Wahrheit ins Auge zu blicken.

In Bewegung geriet auch die Statik der Gesellschaftsstruktur auf beiden Seiten. Die ostdeutsche Gesellschaft erfuhr eine Umlenkung zusätzlich auch »von oben«, in der westdeutschen Gesellschaft verschoben sich die Positionen vor allem im Zuge von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozessen. Unterschiedliche Vorstellungen und Wertungen der gesellschaftlichen »Klassen« prägten das Gesellschaftsgefüge. Gewollte und ungewollte Dynamiken hielten sich mit Beharrungskräften die Waage.

1.1 Flucht und Vertreibung

Äußerst ungleich war die Hypothek, die nach Ende des Krieges auf Ost- und Westdeutschland lastete. Dies betraf nicht nur die Wirtschaft, die im Osten noch mehr am Boden lag und durch die sowjetischen Reparationsforderungen weiter gebeutelt blieb, sondern auch die Belastungen durch die Flüchtlinge und Vertriebenen, die man in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) beschönigend »Umsiedler« nannte. 12,5 Millionen suchten Zuflucht in den vier Besatzungszonen. Während sich auf die drei Westzonen rund 6 Millionen verteilten, mussten in der SBZ 4 Millionen ohne Hab und Gut von vorn anfangen. In Mecklenburg-Vorpommern lag ihr Anteil 1947 sogar bei 40 Prozent. Vor allem alte Menschen, Frauen und Kinder waren darunter. Bis 1949 wuchs die Zahl der Geflüchteten und Vertriebenen in den Westzonen auf 7,3, in der SBZ auf 4,3 Millionen, wovon allerdings 1,3 Millionen sehr bald weiter Richtung Westen zogen.¹

Es war eine menschliche Tragödie großen Ausmaßes. Doch dass sie Folge eines von Deutschland entfesselten Krieges war, wurde im Westen in den ersten Jahren selten offen ausgesprochen. Im Osten tat man dies sehr wohl, immer mit Verweis auf die eigene Unschuld, doch auch hier setzte man auf eine möglichst reibungslose Integration und Assimilation der Ankömmlinge. Im Osten versuchte man mit der Bodenreform und Zuweisung von Neubauernstellen für einen kleinen Teil der »Umsiedler«, eine neue Lebensgrundlage zu bieten, was sich häufig allerdings als leeres Versprechen entpuppte. Zu klein war die zugeteilte Landfläche, zu schlecht die Ausstattung mit Vieh und Gerätschaften. Bereits 1946 und damit deutlich früher als im Westen konnten die Neubürgerinnen und Neubürger eine einmalige »Umsiedlerunterstützung« beantragen, die 300 Mark für Erwachsene und 100 Mark für Kinder betrug. Auf staatliche Unterstützung waren auch die Vertriebenen im Westen angewiesen. In Schleswig-Holstein, wo

sie 33 Prozent der Bevölkerung ausmachten, und in Niedersachsen, wo ihr Anteil bei 27,2 Prozent lag, waren 1946 57,5 respektive 41,3 Prozent aller Arbeitslosen Flüchtlinge und Vertriebene.² Wer Arbeit hatte, war selten im erlernten Beruf tätig, zur Fluchterfahrung gesellte sich häufig die Abstiegserfahrung. Vom Herrn zum Knecht zu werden oder sich als Hausgehilfin über Wasser halten zu müssen, obwohl man das Lehrerinnenexamen in der Tasche hatte, gehörten zu den üblichen Flüchtlingserfahrungen.

Die Erinnerungen, wie man sich aufgenommen fühlte, differieren stark. Im Nachhinein ist immer wieder von einer geglückten Integration gesprochen worden, die es auf lange Sicht auch war. Doch willkommen fühlten sich die meisten zunächst selten. Vor Ort blieben Vorurteile, Distanz und Konflikte zwischen den Neuankömmlingen und den Alteingesessenen, die sich nur sehr langsam verflüchtigten – mit tiefreichenden emotionalen und mentalen Folgen, nicht zuletzt für die Kinder.

»Ich litt vor allem unter der Bedrücktheit meiner Mutter. Weil wir im Zuge der Wohnraumbewirtschaftung als »Einquartierte« oder »Evakuierte« in das Dorf kamen, hatte sie ständig das Gefühl, wir würden anderen Leuten Raum wegnehmen, wir könnten stören oder auffallen. Wir benahmen uns so still und unauffällig wie möglich, so, als wären wir gar nicht da.«³

Das Sich-unsichtbar-Machen, nur nicht anecken und auffallen, wurde zur anerzogenen Haltung, die viele Flüchtlingskinder annahmen. Das galt für die Schulzeit wie im Arbeitsleben. Doch Hab und Gut zu verlieren, bedeutete nicht den Verlust von Habitus und sozialem und kulturellem Kapital. Dass die Menschen, die alles verloren hatten, sich besonders arbeitsam und aufstiegswillig zeigten, sich in besonderem Maße durch die vermeintlich typisch »deutsche Tüchtigkeit« auszeichneten, erleichterte letztlich im Laufe der 1950er Jahre das Ankommen in der neuen westdeutschen Gesellschaft. Dank des Vermögens, sich über Hindernisse hinwegzusetzen, und des Willens, sich durchzusetzen, erreichten so manche Frauen und Männer, die hatten fliehen müssen, Spitzenpositionen in Politik, Wirtschaft und Kultur, wurden Landrat, Manager oder Chefredakteurin einer großen Wochenzeitung. Es spricht viel dafür, dass bei allem Verlustschmerz, der viele von ihnen nie ganz losließ, die Geflüchteten dem Westen und Osten letztlich einen »gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsschub« bescherten. Was zunächst wie eine kaum zu meisternde Herausforderung für die beiden jungen Staaten erschien, sollte sich später als Bereicherung erweisen. In Stadt und Land kam es zu »einer Aufmischung alter Strukturen«.⁴ Kulturell führte es zu einer konfessionellen Durchmischung, zu neuen Bräuchen, Speise- und Feiergewohnheiten, Liedern und Sprachmelodien und auf lange Sicht zum Zugewinn an Toleranz gegenüber den Anderen.

Auch wenn die Flüchtlinge und Vertriebenen viel Kraft und Engagement aufbrachten, um in der Bundesrepublik zu reüssieren, hielten viele von ihnen noch lange, bestärkt durch die Vertriebenenverbände, an der Hoffnung auf Rückkehr in die alte Heimat fest. Noch 1962 gaben bei Meinungsumfragen 52 Prozent der Vertriebenen in Westdeutschland an, irgendwann in die alte Heimat zurück zu wollen. In der DDR, wo die Sehnsucht nicht durch kollektive Erinnerungsver-

bände genährt werden durfte, waren es 1965 immerhin noch 22 Prozent.⁵ Von staatlicher Seite war hier die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bereits am 6. Juli 1950 vollzogen worden, eigentlich Signal für die 3,2 Millionen Vertriebenen in der DDR, jegliche Rückkehrhoffnung fahren zu lassen. Der SED-Staat tat die alarmierenden Umfrageergebnisse als Ergebnis der Hetze der westdeutschen Vertriebenenverbände ab und bot alles auf, um jegliche Ansätze von landmannschaftlichen Treffen zu verhindern. Auch hier gelang die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen ins Arbeitsleben zunächst nur langsam. 1950 hatten weniger als die Hälfte der 3,2 Millionen »Umsiedler« eine Arbeitsstelle gefunden. Das »Umsiedlergesetz« vom September 1950 gewährte ihnen eine eher schmal bemessene Unterstützung, ähnlich wie das »Soforthilfegesetz« in der Bundesrepublik. Aus den DDR-Statistiken verschwanden die »Umsiedler« schon bald, ihre Unzufriedenheit allerdings blieb. Viele hegten aufgrund traumatischer Erfahrungen einen tiefsitzenden Antikommunismus, manche sogar regelrechten Russenhass, der sich schlecht mit der Staatsideologie der verordneten Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF) vertrug. Überdies machten auch die Neuigkeiten aus dem Westen von dem am 14. August 1952 verabschiedeten »Lastenausgleichsgesetz« schnell die Runde und wurden Ansporn zum erneuten Aufbruch. Bis Anfang 1961 packten rund 900.000 ihre Siebensachen, um ihr Glück in der Bundesrepublik zu finden.⁶ Sicherlich brachte der Lastenausgleich existenzielle Hilfen und Rückenwind für einen Neuanfang. Allerdings brauchte es angesichts des schleichen bürokratischen Prozesses zwischen Antragstellung und Bewilligung einen langen Atem. Die Hauptentschädigungen setzten erst ab 1957 ein, um dann vor allem in den 1960er Jahren wirklich zu greifen. Doch nicht für alle: 27 Prozent der Anträge wurden abschlägig beschieden. Bei den Alteingesessenen schürten die Entschädigungszahlungen auch eine langlebige Neid-Unkultur in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.⁷

Deutlich aufgeschlossener hingegen zeigte man sich gegenüber den »Brüdern und Schwestern«, die sich im Laufe der 1950er Jahre in Wellen fluchtartig von Ostdeutschland nach Westdeutschland bewegten. Im Jahr 1955 stieg die Sogkraft in den Westen und die Zahl der DDR-Flüchtlinge auf die Rekordhöhe von 331.000. Nach einem kurzen Rückgang infolge des von der Sowjetunion 1952 verordneten »Neuen Kurses« hielt sich die Zahl bis Ende der 1950er Jahre bei rund 165.000 pro Jahr. Bis zum Mauerbau 1961 hatten sich fast 3 Millionen DDR-Bürgerinnen und -Bürger, darunter fast ein Drittel von Vertriebenen, für ein Leben im anderen Teil Deutschlands entschieden.⁸ Ein keineswegs einfacher Schritt, vor allem seit 1957 »Republikflucht« unter Strafe stand und Sippenhaft für die Zurückbleibenden drohte. Erstaunlicherweise hatte die DDR in den ersten Jahren die massenhafte Abwanderung ihrer Bürger relativ gelassen hingenommen. Noch im August des Jahres 1952 wurde die Hauptabteilung Pass- und Meldewesen angewiesen, jede Übersiedlung in die Bundesrepublik zu genehmigen, »wenn der DDR ein Vorteil daraus entsteht«. Offenbar hoffte man, politisch illoyale Störenfriede loszuwerden, und überdies bei der drückenden Wohnungsnot und Lebensmittelknappheit auf Entlastung. Doch als sich immer mehr Menschen auf den Weg nach Westen machten, drehte sich der Wind. Nun wurden gezielt Informelle Mitarbeiter (IM) angeworben, die an Nahtstel-

len zur Flucht saßen: Postboten, Taxifahrerinnen, Fahrkartenverkäufer oder Bankangestellte schienen besonders prädestiniert, Fluchtabsichten ihrer Kundschaft zu erahnen.

Die Motive der Flucht waren vielfältig, die Wellen folgten nicht nur der politischen Großwetterlage. Familienzusammenführungen, politische Unzufriedenheit, bleibende Versorgungsknappheit, Freiheitsdrang, Deklassierung und Enteignung konnten Gründe für die Abwanderungen sein, häufig mengten sich mehrere Ursachen zusammen. Und langsam merkte der SED-Staat, welche schmerzlichen Lücken die Geflüchteten hinterließen. So häuften sich Fälle, dass ostdeutsche Unternehmer nach Flucht und Neugründung des Betriebes im Westen große Teile der alten Stammbesatzung nachholten. Vor allem Selbstständige, darunter viele Bauern, denen ihr Land genommen worden war, und generell Andersdenkende kehrten der DDR den Rücken. Viele waren noch sehr jung, die meisten bestens ausgebildet. Und ein großer Teil hatte überdies Verwandtschaft im Westen, die beim Ankommen half.

1.2 Flucht vor der Vergangenheit

Überzeugt davon, das bessere Deutschland aufzubauen, unbelastet und der »Zukunft zugewandt«, wie es die ostdeutsche Hymne von Johannes R. Becher und Hanns Eisler inbrünstig beschwor, verstand die DDR-Regierung es ganz und gar nicht, warum so viele ihr den Rücken kehrten. Die dunkle Geschichte lastete man ausschließlich der westlichen Seite an und rückte die Abgrenzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit in den Mittelpunkt des politisch-ideologischen Selbstverständnisses.⁹ Im Westen hatten laut OMGUS-Umfrage 1946 noch gut 60 Prozent der Deutschen eine Mitschuld am NS-Regime eingeräumt und nicht verneint, dass der Mord an Millionen von Menschen von Deutschen zu verantworten war. Auch eine Entnazifizierung hielt die Mehrheit der Westdeutschen anfänglich noch für richtig und nötig. Auf den »Weißen Listen« der Westalliierten war verzeichnet, wer gegen die NS-Diktatur gekämpft oder sich ihr verweigert hatte.¹⁰ Mit diesen Gegnern des NS-Regimes wollte man gemeinsam den Neuanfang wagen. Doch gegenüber den Hunderttausenden, die ihre Stellungen und Ämter räumen mussten, nachdem sie den 131 Positionen umfassenden Fragebogen ausgefüllt hatten und der Grad ihrer Verstrickung festgestellt worden war, war das eine verschwindend kleine Minderheit. 6,5 Millionen der Deutschen in Ost und West waren Mitglieder der NSDAP gewesen.

Nach Gründung der beiden deutschen Staaten wurde der Nationalsozialismus zum gemeinsamen negativen Bezugspunkt mit allerdings sehr unterschiedlicher Stoßrichtung. Der Gründungsmythos des Antifaschismus, der – schaut man auf die »Männer der ersten Stunde« der DDR – nicht ganz haltlos war, entthob die ostdeutsche Gesellschaft weitgehend der Verantwortung für die Vergangenheit. Schließlich saßen mit Walter Ulbricht und anderen Genossen vielfach ehemalige

Widerstandskämpfer und Verfolgte des Nationalsozialismus in der Regierung. Anklagend zeigte man dagegen mit dem Finger auf Bonn. Zwar gehörte auch Konrad Adenauer zu den Verfolgten des NS-Regimes, doch in seiner Entourage fanden sich, was die DDR medial breit ausschlachtete, Politiker, die eine exponierte Rolle im NS-Regime gespielt hatten. Und generell, gleichsam als Folge einer zwar anfangs konsequenten, später in die Hände deutscher Verwaltungsbeamter gelegten Entnazifizierung, galt zwar, dass die große Mehrheit der NS-Größen keine Karriere mehr machen konnte, für die »mittlere Garnitur« traf dies aber weit weniger zu.

Die zumindest in den ersten Jahren weitaus konsequentere Entnazifizierung, erst später vom Pragmatismus gemildert, hatte in der DDR in vielen Bereichen zu einem Austausch alter »Eliten« geführt, der einen Neuanfang unter neuen Vorzeichen versprach. Andere Gesellschaftskreise, denen vorher der Zugang zu attraktiven Positionen verwehrt war, rückten nun in die erste Reihe. In der Bundesrepublik hüllte man sich dagegen in einen Mantel des Schweigens, auch wenn allgemein bekannt war, dass viele »Persilscheine« erschlichen worden waren und die weiße Weste so mancher Richter, Studienrätinnen, Staatsbeamter und Ärztinnen voller Flecken war. Den Vorwurf der »Kollektivschuld«, der nicht nur aus dem Osten kam, wies das Gros der westdeutschen Bevölkerung weit von sich. Auch in Westdeutschland tat man sich lange Zeit schwer damit, den Blick von den jeweils »eigenen« Opfern zu lösen und den Weg frei zu machen für eine unvoreingenommene Sicht auf die grausamen Ursachen und Folgen des Krieges. Viel eher gefiel man sich in der Rolle der von einer kleinen Verbrecherclique verführten und ausgenutzten Opfergesellschaft.

Dennoch kann von einem völligen »Beschweigen« (Hermann Lübke) der Vergangenheit zumindest in Teilen der Öffentlichkeit in der ersten Stunde der beiden deutschen Staaten nicht die Rede sein.¹¹ Zumindest unmittelbar nach Kriegsende gab es unter den Intellektuellen in Ost und West die Bereitschaft, die Geschichte des Nationalsozialismus ohne Abstriche aufzudecken. Immerhin schrieb Alexander Abusch vom *Irrweg einer [!] Nation* und nahm damit das gemeinsame Erbe an, jedoch um gleichzeitig für die DDR das Ende aller Irrwege zu beanspruchen. Zeitgleich erschien Friedrich Meineckes vielbeachtetes Buch *Die deutsche Katastrophe*. Diese kritischen Auseinandersetzungen von zwei hochrangigen Geistesgrößen in Ost und West stimmten bei ihrem Ringen um eine Erklärung des Nationalsozialismus zumindest in einem Punkt überein: Es sei Zeit für den Abschied von einem lange als positiv gedeuteten »deutschen Sonderweg« in die Moderne. Einig war man sich auch, dass der preußische Militarismus ein »gerüttelt Maß Schuld« an der »deutschen Katastrophe« trage. Während Abusch getreu der Parteidoktrin dem »Bündnis des Großbürgertums mit der feudalen Reaktion« die Hauptverantwortung zuschob, betonte auch Meinecke die »Mitverantwortung und Schuld des deutschen Bürgertums«.¹² Beide Bücher verkauften sich gut, fanden aber nur eine bildungsbürgerlich geprägte Leserschaft. Gleiches galt auch für die veröffentlichte Vorlesung *Die Schuldfrage* des weltweit respektierten Philosophen Karl Jaspers. Alle drei Werke wurden zum Teil sogar als entlastend gelesen, aber die breite Öffentlichkeit erreichten sie kaum.

Das gelang eher Theaterstücken und Kinofilmen. Obschon in West- und Ostdeutschland das Repertoire der Schauspielhäuser vor allem aus dem Klassikerschatz schöpfte, schafften es auch Gegenwartstücke auf die Bühnen. Wolfgang Borcherts *Draußen vor der Tür* zeigt mit dem obdachlosen Unteroffizier Beckmann das Schicksal eines Kriegsheimkehrers, das vielen aus der Seele sprach. In der DDR sah man hingegen davon ab, es dem Publikum zu präsentieren. Zu sehr war das Stück von einer Stimmung der Ausweglosigkeit gezeichnet, als dass es zu dem ostentativen Aufbauoptimismus gepasst hätte. Auch vor der Inszenierung von Carl Zuckmayers *Des Teufels General* aus dem Jahr 1947 scheute man zurück, während es im Westen zum erfolgreichsten Nachkriegs-drama avancierte. Mit dem durch und durch positiv gezeichneten Fliegergeneral Harras wurde dem westdeutschen Publikum die Figur eines reuigen und sympathischen Mitläufers vorgeführt, was dem Stück einen ostdeutschen Verriss als »Blankoscheck zur moralischen Entschuldigung nazistischer Würdenträger« eintrug.¹³

Im Kino war es zunächst die SBZ, die das Thema der Kriegsschuld auf die Leinwand brachte. Wolfgang Staudtes Film *Die Mörder sind unter uns* aus dem Jahr 1946 erzählt die Geschichte eines Kriegsverbrechers, der nach dem Krieg als erfolgreicher Fabrikant weiter Karriere macht. Im Westen wurde der Film erst ein Jahr später mit deutlich weniger Publikumsresonanz gezeigt. Ähnliches galt für Staudtes Film *Der Untertan*, der 1951 kongenial zur Romanvorlage von Heinrich Mann die buckelnde Obrigkeitshörigkeit als deutsche Mentalität karikierte. Das bundesrepublikanische Publikum konnte ihn in gekürzter Version erst sechs Jahre später genießen. Eine Überhöhung der Arbeiter und der Sozialdemokratie auf der einen Seite und eine übermäßige Überzeichnung der Unternehmer und konservativen Kräfte, lautete der Vorwurf der Kritiker. Der *Spiegel* nannte ihn nach seiner Premiere in Ost-Berlin ein »Paradebeispiel ostzonaler Filmpolitik« und sah in ihm eine Stimmungsmache in der »westlichen Welt [...] gegen Deutschland«. Dass gerade die DDR sich filmisch über die deutsche Untertanenmentalität amüsierte, wertete man als verlogene Hybris, habe es doch im Kaiserreich keinen solch unfreien Untertanen gegeben, wie die DDR ihn tagtäglich neu hervorbringe.¹⁴

Bei der Mehrheit der westdeutschen Filme in den 1950er Jahren handelte es sich um idyllische Heimatfilme, die eher einen Eskapismus beförderten, als dass sie einer ernsten Auseinandersetzung den Weg bereiteten. Schon 15 Jahre bevor Alexander und Margarete Mitscherlich den Deutschen die *Unfähigkeit zu trauern* ins Stammbuch schrieben, bekümmerte die 42-jährige Philosophin Hannah Arendt bei ihrem *Besuch in Deutschland* im Jahr 1950, das sie als Jüdin fünfzehn Jahre zuvor verlassen musste, die »Weigerung zu trauern«, die sie bei ihren Streifzügen durch die deutschen Trümmerlandschaften wahrnahm.

»Inmitten der Ruinen schreiben die Deutschen einander Ansichtskarten von den Kirchen und Marktplätzen, den öffentlichen Gebäuden und Brücken, die es gar nicht mehr gibt. Und die Gleichgültigkeit, mit der sie sich durch die Trümmer bewegen, findet ihre genaue Entsprechung darin, daß niemand um die Toten trauert. [...] Dieser allgemeine Gefühls-mangel, auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äußerliche Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden.«¹⁵